

# Nordkaukasus

## Entwicklungen in Tschetschenien sowie in Dagestan, Kabardino-Balkarien, Inguschetien und Nordossetien

Klaus Ammann

Weyermannsstrasse 10  
Postfach 8154  
CH-3001 Bern

Für Paketpost:  
Weyermannsstrasse 10  
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75  
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch  
www.osar.ch

Januar 2007

PC-Konto  
30-16741-4  
Spendenkonto  
PC 30-1085-7

#### Angaben zum Autor:

Klaus Ammann ist Historiker mit Schwerpunkt Osteuropa und Journalist. Er arbeitet als Redaktor beim Regionaljournal Zürich-Schaffhausen von Schweizer Radio DRS. Im Jahr 2000 arbeitete er als Freiwilliger bei der Nichtregierungsorganisation «Soldatenmütter von St. Petersburg» und steht seither in engem Kontakt mit der Organisation. Für die Schweizerische Flüchtlingshilfe verfasst er seit dem Jahr 2000 Lagebeurteilungen zur Russischen Föderation, insbesondere zu Tschetschenien.

#### Impressum

##### HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Postfach 8154, 3001 Bern  
Tel. 031 / 370 75 75  
Fax 031 / 370 75 00  
E-Mail: INFO@ osar.ch  
Internet: www.osar.ch  
PC-Konto: 30-1085-7

##### AUTOR

Klaus Ammann

##### SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

##### PREIS

Fr. 15.-- inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

##### COPYRIGHT

© 2007  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern  
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Tschetschenien</b> .....	<b>2</b>
2.1	Politik - Die Demokratie des einen Mannes .....	2
2.2	Nichtregierungsorganisationen – einlenken oder schliessen .....	3
2.3	Ein bisschen neue Sicherheit – viel neue Gewalt .....	5
2.4	Die Menschenrechte leiden weiter .....	6
2.5	Justiz – Die Hoffnung auf Gerechtigkeit von aussen .....	7
2.6	Korruption und Krankheit hinter sauberen Fassaden .....	8
<b>3</b>	<b>Dagestan, Kabardino-Balkarien, Inguschetien und Nordossetien</b> .....	<b>10</b>
3.1	Alltägliche Gewalt – instabile Politik .....	10
3.1.1	Dagestan .....	10
3.1.2	Kabardino-Balkarien .....	11
3.1.3	Inguschetien .....	12
3.1.4	Nordossetien .....	12
3.2	Insgesamt ein Pulverfass .....	13
<b>4</b>	<b>Wachsender Fremdenhass in der Russischen Föderation</b> .....	<b>14</b>

# 1 Einleitung

Nach langen Jahren ausschliesslich negativer Meldungen aus Tschetschenien haben in letzter Zeit vermehrt Berichte über die Beruhigung der Lage sowie über die Erfolge des Wiederaufbaus in der Kaukasusrepublik die westliche Öffentlichkeit erreicht. Sowohl der Sonderberichtersteller des Europarats, Andreas Gross, als auch unabhängige BeobachterInnen und Journalisten bestätigen, dass sich die Lage, zumindest gegen aussen, im vergangenen Jahr verbessert hat. Insbesondere in der Hauptstadt Grosny schreitet der Wiederaufbau voran, und das öffentliche Leben hat sich in gewissen Bereichen normalisiert. Weiterhin herrscht jedoch ein Klima der Angst. Sicherheitskräfte und Widerstandskämpfer liefern sich in unregelmässigen Abständen blutige Gefechte und beide Seiten terrorisieren die Bevölkerung. Ausserdem ist die Infrastruktur in weiten Teilen der Republik nach wie vor desolat.<sup>1</sup> Während die Verbesserungen in Tschetschenien – obwohl sie begrenzt sind – zu einer gewissen Hoffnung Anlass geben, stehen die Zeichen für den übrigen Nordkaukasus schlecht: In den Nachbarrepubliken Tschetscheniens, insbesondere in Dagestan, kommt es immer häufiger zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Widerstandskämpfern und Sicherheitskräften – in Dagestan sind die Opferzahlen mittlerweile sogar höher als in Tschetschenien.<sup>2</sup>

Dass die Situation im Nordkaukasus immer noch von Angst geprägt ist, verraten indirekt auch die jüngsten Schweizer Asylgesuchszahlen. Im Jahr 2006 – bis Ende November – haben 409 russische Staatsbürger in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt. Das entspricht einer deutlichen Zunahme im Vergleich zu den insgesamt 375 im Jahr 2005. Das Maximum von 511 Gesuchen aus dem Jahr 2003 wird jedoch voraussichtlich auch mit Einbezug des Monats Dezember 2006 nicht erreicht.<sup>3</sup>

Die vorliegende Analyse zeigt die aktuellen Entwicklungen seit Ende 2005 in Tschetschenien, aber auch in den Nachbarrepubliken Inguschetien, Dagestan, Kabardino-Balkarien und Nordossetien auf, mit dem Ziel, das Gefährdungspotenzial von Asylsuchenden aus dem gesamten Nordkaukasus zu umreissen. Inhaltlich baut die Analyse auf den vorhergehenden auf.<sup>4</sup>

Die Ausführungen basieren auf Materialien der internationalen Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* (HRW), der *International Federation for Human Rights* (FIDH), des *Institute for War and Peace Reporting* (IWPR), der *Gesellschaft für bedrohte Völker* (GfbV), der russischen Organisationen *Memorial*, *Migration und Recht*, des *SOWA-Zentrums für Information und Analyse*, des *United Kingdom Home*

---

<sup>1</sup> Ackeret, Markus; «Beschwerliche Rückkehr zur Normalität in Grosny. Der Wiederaufbau in Tschetschenien kommt langsam, aber sichtbar voran – Ramsan Kadyrows Macht und Popularität.» *Neue Zürcher Zeitung*, 6.1.2007, S. 7.

<sup>2</sup> «Widersprüchliche Lage in Tschetschenien. Eindrücke des Schweizer Europarat-Berichterstatters Andreas Gross», *Neue Zürcher Zeitung*, 30.11.2006, S. 9.

<sup>3</sup> Bundesamt für Migration (BFM). «Total Gesuche 1994 bis 30.11.2006 nach Nationen und Gesuchsjahr», 30.11.2006, [http://www.bfm.admin.ch/fileadmin/user\\_upload/Themen\\_deutsch/Statistik/Monatsstatistik\\_Asyl/Gesuche-Nation-Jahr-d.pdf](http://www.bfm.admin.ch/fileadmin/user_upload/Themen_deutsch/Statistik/Monatsstatistik_Asyl/Gesuche-Nation-Jahr-d.pdf), [8.1.2007].

<sup>4</sup> Vgl. insbesondere Ammann, Klaus; «Tschetschenien und die tschetschenische Bevölkerung in der Russischen Föderation», Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), 2004, [www.osar.ch](http://www.osar.ch). Ammann, Klaus; «Tschetschenien. Update: Entwicklungen in Tschetschenien, Inguschetien, Dagestan und anderen Teilen der Russischen Föderation», Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), 7.11.2005, [www.osar.ch](http://www.osar.ch).

Office sowie auf Artikeln aus der deutschsprachigen Presse und aus der unabhängigen tschetschenischen Zeitung *Tschetschenische Gesellschaft*.

Ein Begriff bedarf an dieser Stelle der Klärung: Im vorliegenden Bericht wird wie in den vorhergehenden Analysen zur Bezeichnung des tschetschenischen Widerstandes der einfacheren Verständlichkeit halber allgemein der Begriff «Widerstandskämpfer» benützt. Der Autor ist sich jedoch bewusst, dass die «Widerstandskämpfer» unter sich keine Einheit bilden und teils schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begehen, die das Wort «Widerstand» nicht impliziert.

## 2 Tschetschenien

### 2.1 Politik – Die Demokratie des einen Mannes

In Tschetschenien herrscht nach zwei blutigen Kriegen zumindest vordergründig wieder politische Normalität. Nach den Präsidentenwahlen und der Verabschiedung einer neuen Verfassung wählten die tschetschenischen StimmbürgerInnen im November 2005 ein neues Parlament für die Republik. Allerdings war dieser Urnengang, ähnlich wie die vorangehenden, massiv manipuliert worden. Offiziell lag die Wahlbeteiligung bei 60 Prozent, laut der Menschenrechtsorganisation *Memorial* jedoch viel tiefer. Auch das Resultat der Wahlen scheint viel zu sehr nach dem Geschmack Moskaus, um wahr zu sein: Die Kreml-Partei *Einiges Russland* wurde mit rund 62 Prozent der Stimmen zur Siegerin erklärt und erhielt damit 33 von 58 Sitzen im Parlament. Die zweitstärkste Kraft bilden die Kommunisten mit 6 Sitzen, gefolgt von der *Union der rechten Kräfte* mit 4 Sitzen.<sup>5</sup> Die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) hatte gar keine Wahlbeobachter nach Tschetschenien entsandt, weil ihr das Spiel zu abgekartet schien. Der Europarat seinerseits entsandte eine kleine Delegation, die in der Folge bestätigte, dass die Bevölkerung massiv eingeschüchtert worden sei und dass die Wahlen deshalb wohl technisch korrekt, aber schwierig zu beurteilen seien.<sup>6</sup>

Viel bedeutsamer als die Entwicklungen im Parlament sind jedoch diejenigen an der Spitze der Exekutive. Der starke Mann Tschetscheniens, der Sohn des ermordeten Präsidenten Achmed Kadyrow, Ramsan Kadyrow, wurde im Frühjahr 2006 zum Ministerpräsidenten ernannt. Im Oktober feierte er seinen 30. Geburtstag, womit er das Mindestalter zur Erlangung des Republik-Präsidioms erreichte. Der Druck auf den eher schwachen aktuellen Präsidenten Alu Alchanov wächst seither; Beobachter gehen davon aus, dass das Parlament demnächst einen Misstrauensantrag gegen ihn stellen wird. Falls dieser angenommen wird, liegt es in der Kompetenz des Rus-

<sup>5</sup> Hassel, Florian; «Massiv gefälschte Wahlen. Tschetscheniens Wahlkommission ruft Kreml-Partei zur Siegerin aus», *Der Bund*, 29.11.2005, S. 3.

<sup>6</sup> Affentranger, Zita; «Der Kreml siegt wie geplant in Tschetschenien», *Tages-Anzeiger*, 29.11.2005, S. 7.

sischen Präsidenten Wladimir Putin, Ramsan Kadyrow zum neuen Präsidenten Tschetscheniens zu ernennen.<sup>7</sup>

Im Westen ist Ramsan Kadyrow berüchtigt wegen des äusserst brutalen Vorgehens seiner Truppen – der so genannten *Kadyrowzy* – im Kampf gegen mutmassliche Widerstandskämpfer und wegen seines protzigen Auftretens. Doch in Tschetschenien selbst scheint er seinen Ruf erfolgreich aufpoliert zu haben. Gemäss der Zeitung *Tschetschenische Gesellschaft* sind viele TschetschenInnen überzeugt, dass Ramsan Kadyrow seinen jugendlichen Übermut abgelegt hat und viel verantwortungsvoller geworden ist.<sup>8</sup> Zugute kommt ihm dabei auch, dass der Wiederaufbau in gewissen Teilen der Republik in den letzten Monaten sichtbar geworden ist. Kadyrow unterlässt keine Gelegenheit zu betonen, diese Fortschritte seien möglich dank seiner privaten Stiftung.

Gerade weil er sich je länger desto selbstständiger und von Moskau unabhängiger gibt, ist Ramsan Kadyrows Einsetzung als Präsident noch alles andere als definitiv.<sup>9</sup> Beobachter weisen darauf hin, dass Putin mit seiner Unterstützung für Kadyrow ein beträchtliches Risiko eingehen würde. Auch «Ramsan Kadyrow und seine Entourage könnten nämlich mittelfristig eigene Wege gehen wollen, wie dies weiland der einstige Fliegergeneral Dschochar Dudajew getan und Russlands erstes Tschetschenien-Abenteuer provoziert hatte. Der tschetschenische Teufelskreis geht auch mit den scheinbaren Erfolgsmeldungen aus Moskau vorläufig weiter», schreibt der Korrespondent der Zürichsee- und der Neuen Zürcher Zeitung.<sup>10</sup>

## 2.2 Nichtregierungsorganisationen – einlenken oder schliessen

In der gesamten Russischen Föderation ist im April 2006 das so genannte neue NGO-Gesetz (Gesetz Nr. 18-FS) in Kraft getreten, das im Grundsatz die Arbeit der vielen russischen Nichtregierungsorganisationen strenger reglementiert: Der Einfluss ausländischer Geldgeber auf sie soll verringert und ihre Kritikfähigkeit eingeschränkt werden. Seither müssen sich alle Nichtregierungsorganisationen neu registrieren. Seitenweise listet das Gesetz Formalien auf, aufgrund derer die Zulassung verweigert werden kann – zum Beispiel, wenn «Moral, nationale oder religiöse Gefühle von Bürgern beleidigt werden». Nichtregierungsorganisationen müssen den Behörden künftig ihre ganze Buchhaltung offen legen, ausserdem Rechenschaft ablegen über «Tätigkeit, Realisierung der Ziele und Aufgaben, Personal (...) und Ausgaben». Auch Feuerwehr, Gesundheitsbehörden und andere «staatliche Aufsichts- und Kontrollorgane» können eine Organisation beaufsichtigen und nach Belieben «ihre Vertreter in Veranstaltungen» schicken. Bei (angeblichen) Verstössen kann die Justiz eine Gruppe auflösen.<sup>11</sup> Unter dem Vorwand der Steuerhinterziehung kann der

<sup>7</sup> Aliev, Timur; «Kadyrov Stakes Leadership Claim. A confident Ramzan Kadyrov turns 30, and looks to the Chechen presidency», (360) *Caucasus Reporting Service*, 4.10.2006, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net) [8.1.2007].

<sup>8</sup> Aliev, Timur; «Kadyrov Stakes Leadership Claim. A confident Ramzan Kadyrov turns 30, and looks to the Chechen presidency», (360) *Caucasus Reporting Service*, 4.10.2006, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net) [8.1.2007].

<sup>9</sup> Nauer, David; «Moskaus riskante Kaukasus-Strategie», *Tages-Anzeiger*, 27.9.2006, S. 7.

<sup>10</sup> Ackeret, Markus; «Der tschetschenische Teufelskreis», *Zürichsee-Zeitung*, 2.9.2006.

<sup>11</sup> Hassel, Florian; «Kreml gängelt Bürgergruppen», *Neue Luzerner Zeitung*, 21.1.2006, S. 8.

Kreml jede russische Bürgergruppe verbieten. Das hat zur Folge, dass laut der Nichtregierungsorganisation *Migration und Recht* verschiedene ausländische Stiftungen zurzeit neue Finanzierungszusagen zurückhalten.<sup>12</sup> Behördliche Schikanen, die bereits zuvor in der Praxis häufig waren, haben mit diesem Gesetz eine gesetzliche Grundlage erhalten. Was sogar bei etablierten Organisationen wie den «Soldatenmüttern von St. Petersburg» zu einem existenzbedrohenden Mehraufwand führt, bedeutet für viele junge tschetschenische Nichtregierungsorganisationen den Todesstoss.<sup>13</sup> Gleichzeitig wird es für nicht-tschetschenische MenschenrechtsaktivistInnen und Juristen noch schwieriger, überhaupt an Informationen aus Tschetschenien zu kommen. Am 2. Juni 2006 befahl das tschetschenische Innenministerium allen Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, Fahrten nach Tschetschenien im Voraus der Polizei und dem Inlandgeheimdienst FSB zu melden.<sup>14</sup>

Doch bürokratische Schikanen sind das eine, physische Bedrohung ist das andere: Die Angst unter MenschenrechtsaktivistInnen in Russland – und ganz besonders in Tschetschenien – steigt, wie ein Bericht der *International Federation for Human Rights* ausführlich belegt.<sup>15</sup> Besonderes Aufsehen hat im vergangenen Jahr der Fall der Menschenrechtsorganisation *Gesellschaft für russisch-tschetschenische Freundschaft* erregt. Die Novgoroder Staatsanwaltschaft hat Mitte Oktober deren Schliessung verfügt, weil der Direktor der Gesellschaft im Februar 2006 wegen Anstachelung zu «nationalem Hass» verurteilt worden war. Grund dafür: In einem Artikel hatte er die Vertreter der tschetschenischen Untergrundregierung, Aslan Maschadow und Achmed Zakaev, Aufrufe zur Versöhnung lancieren lassen. Die *Gesellschaft für russisch-tschetschenische Freundschaft* war den Behörden grundsätzlich ein Dorn im Auge, weil sie von der Europäischen Kommission und von US-Sponsoren finanziert wird und schwere Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien publik macht. Auch unterstützt sie Angehörige von Verschwundenen bei der Suche nach ihren Verwandten.<sup>16</sup> Einen Tag vor der Schliessung der *Gesellschaft für russisch-tschetschenische Freundschaft* wurde Lida Jusupova, die Leiterin des Büros der Menschenrechtsorganisation *Memorial* in Grosny, mit dem Tod bedroht.<sup>17</sup> Beide Vorfälle ereigneten sich zudem nicht einmal eine Woche nach der Ermordung der Journalistin Anna Politkovskaja, einer der ganz wenigen unabhängigen und kritischen PressevertreterInnen, die regelmässig aus Tschetschenien und dem Nordkaukasus berichten. Wenn gleichzeitig die rechtsextreme Gruppierung *Russischer Wille* im Internet eine Liste mit 89 «LandesverräterInnen» und «Freunden des Auslands»

<sup>12</sup> Hassel, Florian; «Letzte Hoffnung Strassburg. Aus Russland stammen ein Viertel aller Klagen, die im letzten Jahr beim Gerichtshof für Menschenrecht eingereicht wurden», *Der Bund*, 12.9.2006, S. 2.

<sup>13</sup> Aliev, Timur; «Abdulla Istamulov: «NPO, osobenno na Severnom Kavkaze, ne javljajutsja opposicionnym po oprodeleniju» (Nichtregierungsorganisationen gehören, vor allem im Nordkaukasus, nicht per definitionem zur Opposition)», *Chečenskoe obščestvo (Chechen society)*, 5.12.2006, [www.chechensociety.net](http://www.chechensociety.net).

<sup>14</sup> Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV); «Tschetschenien: Neue Schikanen gegen Nichtregierungsorganisationen. Geheimdienst kontrolliert alle Mitarbeiter», 24.7.2006, [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de) [30.11.2006].

<sup>15</sup> International Federation for Human Rights (FIDH) und World Organisation Against Torture (OMCT); «Death threats against Lida Yusupova. Closure of the Russian-Chechen Friendship Society Raising Fear and Insecurity for Human Rights Defenders», 15.10.2006, [www.fidh.org](http://www.fidh.org) [7.1.2007].

<sup>16</sup> Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV); «Steuerfahndung wird zum Erfüllungsgehilfen für Verfolgung von Menschenrechtlern in Tschetschenien», 2.11.2005, [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de) [30.11.2006].

<sup>17</sup> International Federation for Human Rights (FIDH) und World Organisation Against Torture (OMCT); «Death threats against Lida Yusupova. Closure of the Russian-Chechen Friendship Society Raising Fear and Insecurity for Human Rights Defenders».

publiziert – an der Spitze der Liste steht die russische Menschenrechtlerin Svetlana Gannuschkina, die sich u.a. für die tschetschenische Bevölkerung ausserhalb Tschetscheniens einsetzt –, mit der Aufforderung, diese Leute umzubringen, so ist das für die Betroffenen eine ernst zu nehmende Bedrohung.<sup>18</sup>

Das erwähnte neue NGO-Gesetz ist im Übrigen auch ein Schlag gegen die letzten unabhängigen Informationsquellen in der Russischen Föderation. Da es praktisch keine regierungsunabhängigen Zeitungen mehr gibt, dienen Nichtregierungsorganisationen insbesondere ausländischen BeobachterInnen als Informationsquellen.<sup>19</sup>

### 2.3 Ein bisschen neue Sicherheit – viel neue Gewalt

Auf militärischer Ebene vermeldeten die pro-russischen und russischen Kräfte im vergangenen Jahr einige Erfolge. Am 17. Juni 2006 wurde Abdul-Chalim Sadulaev, der Nachfolger des Präsidenten der tschetschenischen Untergrundregierung, Aslan Maschadov, getötet. An seine Stelle nachgerückt ist der Feldkommandant Doku Umarov.<sup>20</sup> Nur einen knappen Monat später kam der berüchtigte Rebellenführer Schamil Bassajew ums Leben – bei einer Explosion, die das russische Militär als eine Spezialoperation bezeichnete. Der Verlust von Sadulaev und Bassajew dürfte den tschetschenischen Widerstand zwar geschwächt haben, ob er jedoch dessen zunehmende Brutalisierung und Radikalisierung stoppt, ist zumindest zweifelhaft. BeobachterInnen schliessen nicht aus, dass sich nach Bassajews Tod der Einfluss des Terrornetzwerks Al-Qaida auf die tschetschenischen Separatisten verstärken könnte. Die russische Seite feierte den Tod des Drahtziehers mehrerer Terroranschläge – u.a. der Geiselnahme von Beslan – jedenfalls als Erfolg und als Konsequenz der fortschreitenden «Normalisierung» in Tschetschenien.<sup>21</sup>

Laut übereinstimmenden Angaben von Ministerpräsident Ramsan Kadyrow und des Inlandgeheimdienstes FSB sind zurzeit nur noch rund 50 Rebellen in Tschetschenien aktiv. Überraschend viele hätten von der jüngsten Amnestie für Widerstandskämpfer, die die russische Staatsduma im September beschlossen hatte, Gebrauch gemacht und sich ergeben. Dem widerspricht ein Bericht des *Institute for War and Peace Reporting*. Es heisst dort, einerseits hätten sich viele Kämpfer nicht freiwillig ergeben, sondern erst, nachdem Sicherheitskräfte ihre Familienmitglieder entführt hatten. Andererseits befänden sich unter den Übergelaufenen offenbar viele Kämpfer, die zuletzt im Ersten Tschetschenien-Krieg gekämpft hatten. Aktive Kämpfer ergaben sich heute noch kaum freiwillig, da sie aus Erfahrung wissen, wie gefährlich dies ist: Von rund 400 Rebellen, die sich beispielsweise 1999 bei einer Amnestie erga-

---

<sup>18</sup> International Federation for Human Rights (FIDH) und World Organisation Against Torture (OMCT); «Death threats against Lida Yusupova. Closure of the Russian-Chechen Friendship Society Raising Fear and Insecurity for Human Rights Defenders».

<sup>19</sup> Aliev, Timur; «Abdulla Istamulov: «NPO, osobenno na Severnom Kavkaze, ne javljajutsja oppozitsionnym po oprodeleniju» (Nichtregierungsorganisationen gehören, vor allem im Nordkaukasus, nicht per definitionem zur Opposition)», *Čečenskoe obščestvo (Chechen society)*, 5.12.2006, [www.chechensociety.net](http://www.chechensociety.net).

<sup>20</sup> «Rebellenführer Sadulajew tot», *Tages-Anzeiger*, 19.6.2006, S. 5.

<sup>21</sup> Ackeret, Markus; «Der tschetschenische Teufelskreis», *Zürichsee-Zeitung*, 2.9.2006.

ben, haben nur ganz wenige überlebt. Entweder wurden sie von Rebellen als Verräter oder von russischen oder pro-russischen Sicherheitskräften umgebracht.<sup>22</sup>

Während insbesondere in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny wieder gebaut wird, verschwinden nach wie vor Menschen. Es wird immer noch gemordet und gefoltert. Als Täter verdächtigen MenschenrechtsaktivistInnen immer häufiger *Kadyrowzy*. Deutlich verschlechtert hat sich die Sicherheitslage in den schwer zugänglichen Bergregionen. Dorthin, wo der erste Tschetschenienkrieg zwischen 1994 und 1996 gar nie hinfand, hat sich in den letzten Monaten und Jahren die Auseinandersetzung zwischen Sicherheitskräften und Widerstandskämpfern verlegt. Die lokale Bevölkerung wird verdächtigt, Widerstandskämpfer zu unterstützen, und leidet deshalb besonders unter den Übergriffen durch die Sicherheitskräfte. Im Distrikt Sharoi sind zum Beispiel in den letzten acht Monaten von insgesamt nur 3200 Einwohnern 20 Menschen verschleppt worden. Es überrascht kaum, dass die Bevölkerung, wenn immer möglich, die Bergregionen verlässt. So ist die Bevölkerung von Sharoi in den letzten sieben Jahren um ein Drittel geschrumpft.<sup>23</sup>

Doch dieser Gewalt abseits der Städte widmet die Öffentlichkeit wenig Aufmerksamkeit, und so nützte der russische Präsident Wladimir Putin Anfang August die relative Ruhe, um einen Erlass zu unterschreiben, laut dem in den kommenden zwei Jahren die Stärke der russischen Truppen in Tschetschenien von derzeit etwa 50'000 Soldaten auf rund die Hälfte reduziert werden soll. Neben den verbleibenden föderalen Kräften sollen ab 2008 vor allem die rund 20'000 Soldaten des tschetschenischen Innenministeriums unter dem Befehl Ramsan Kadyrows für Sicherheit sorgen.<sup>24</sup>

## 2.4 Die Menschenrechte leiden weiter

Um die Menschenrechte steht es in Tschetschenien ähnlich wie um die Bausubstanz seiner Häuser: Vordergründig verbessert sich die Lage, die Menschenrechtsorganisationen melden einen deutlichen Rückgang der Gewaltverbrechen in Tschetschenien: Laut *Memorial* ist die Zahl der Morde und Verschleppungen zwischen Herbst 2005 und Herbst 2006 um ein Drittel auf 192 Morde und 316 Fälle von Verschwundenen zurückgegangen. Im Jahr zuvor waren es noch 310 Morde und 418 Verschleppungen. Allerdings ist anzumerken, dass das *Memorial*-Monitoring nur ein Drittel des tschetschenischen Territoriums umfasst und dass Daten insbesondere über die Bergregionen, in denen die Gewalt, wie oben erwähnt, zugenommen hat, in der jüngsten Statistik fehlen. Ausserdem geben MenschenrechtsaktivistInnen zu be-

---

<sup>22</sup> Hassel, Florian; «Reuige Rebellen, die keine sind. Nach Darstellung des Kremls bröckelt der tschetschenische Widerstand – doch in der Kaukasusrepublik gehen die Kämpfe weiter», *Der Bund*, 31.8.2006, S. 5. Dudayev, Umalt; «Families of Chechen Rebels Still Targeted. Chechen security forces accused of torturing and intimidating relatives of fighters», (366) *Caucasus Reporting Service*, 16.11.2006, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net) [8.1.2007].

<sup>23</sup> Umarova, Asya; «Chechnya: Mountain Terror. Residents of sparsely populated mountain district accuse federal troops of night-time abductions», (370) *Caucasus Reporting Service*, 14.12.2006, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net) [8.1.2007].

<sup>24</sup> «Moskau zieht Truppen aus Tschetschenien ab. Kadyrow wird immer mächtiger – andauernde Willkür», *Neue Zürcher Zeitung*, 12.8.2006, S. 7.

denken, dass unter Kadyrows Regime viele Menschenrechtsverletzungen aus Angst vor Repressalien erst gar nicht mehr angezeigt würden.<sup>25</sup>

In ihrem jüngsten Briefing-Paper zu Tschetschenien macht die US-amerikanische Organisation *Human Rights Watch* zudem auf die systematischen Folterungen in den Gefängnissen in Tschetschenien aufmerksam.<sup>26</sup> Opfer sind häufig Angehörige von Aufständischen und Personen, die verdächtigt werden, die Rebellen zu unterstützen. Dabei bleiben auch Frauen und Minderjährige nicht verschont. Sie werden mit Stiefeln, Stöcken, Plastikflaschen (mit Wasser oder Sand gefüllt) oder mit schweren Kabeln geschlagen. Es werden ihnen mit offenem Feuer, mit glühenden Metallstäben und Drähten Brandwunden zugefügt und sie werden mit Elektroschocks gequält. Ausserdem wenden die Folterer psychologischen Druck an, indem sie eine Exekution oder eine Vergewaltigung vortäuschen und mit Gewalt an Angehörigen drohen. Meist geht es den Tätern darum, ihren Opfern Informationen zu entlocken und/oder sie zu fabrizierten Geständnissen zu zwingen. In den meisten Fällen sind die Truppen des tschetschenischen Innenministeriums die Urheber. Auch die *Zweite Operationelle Untersuchungsbehörde* (ORB-2) für den Nordkaukasus des föderalen Innenministeriums macht sich immer wieder schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig.<sup>27</sup> Schauplätze dieser Verstösse sind häufig geheime Gefängnisse, wie sie in Tschetschenien nach wie vor existieren, obwohl solche Einrichtungen nicht nur gegen internationales, sondern auch gegen russisches Recht verstossen. Das *UNO-Komitee gegen Folter* hat die Russische Föderation unlängst aufgefordert, die Standorte aller Gefängnisse publik zu machen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es besonders gravierend, dass das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz* (IKRK) seit September 2004 in Tschetschenien keine Gefangenen mehr besucht. Das IKRK hat diesen zentralen Teil seiner Tätigkeiten suspendiert, weil es sich auf Grund der russischen Bedingungen ausser Stande sah, die Besuche in Übereinstimmung mit den eigenen Kriterien durchzuführen. Vor dem Abbruch der Gefangenenbesuche hatten sich die IKRK-Delegierten um mehrere hundert Personen gekümmert, die von den russischen Behörden im Konflikt verhaftet worden waren.<sup>28</sup> Auch die persönliche Intervention des IKRK-Präsidenten Jakob Keltenberger bei Präsident Putin ist diesbezüglich bisher erfolglos geblieben.

## 2.5 Justiz – Die Hoffnung auf Gerechtigkeit von aussen

Dass die Gewalten in der Russischen Föderation in der Praxis eng verbandelt statt getrennt sind, ist spätestens seit der Yukos-Affäre hinlänglich bekannt. Weil sie von den eigenen Gerichten aus politischen Gründen keine Gerechtigkeit erwarten können, gelangen immer mehr russische StaatsbürgerInnen – unter ihnen viele Tsche-

<sup>25</sup> «Moskau zieht Truppen aus Tschetschenien ab. Kadyrow wird immer mächtiger – andauernde Willkür», *Neue Zürcher Zeitung*, 12.8.2006, S. 7. Donath, Klaus-Helge; «Tschetschenische «Normalität». Offiziell weniger Entführungen und Morde – Fehlende Rechtssicherheit», *St. Galler Tagblatt*, 2.9.2006, S. 4.

<sup>26</sup> Human Rights Watch; «Widespread Torture in the Chechen Republic. Human Rights Watch Briefing Paper for the 37th Session UN Committee against Torture November 13, 2006», November 2006.

<sup>27</sup> Human Rights Watch; «Widespread Torture in the Chechen Republic. Human Rights Watch Briefing Paper for the 37th Session UN Committee against Torture November 13, 2006», November 2006.

<sup>28</sup> Schweizerische Depeschen Agentur (SDA); «Gefangene Tschetschenen ohne IKRK-Besuch», *Neue Zürcher Zeitung*, 5.5.2006, S. 2.

tschenInnen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Auf die Strassburger Richter rollt geradezu eine Lawine russischer Beschwerden zu: Seit die Europäische Menschenrechtskonvention, die den Weg nach Strassburg öffnet, am 5. Mai 1998 in Russland in Kraft trat, haben sich in Strassburg 33'072 RussInnen über ihren Staat beschwert. Allein im Jahr 2005 reichten RussInnen in Strassburg ein Viertel aller Klagen überhaupt ein. Zwar wird die überwältigende Mehrzahl abgelehnt – wegen Formfehlern, oder weil der Rechtsweg nicht ausgeschöpft wurde. Gleichwohl standen im vergangenen Herbst 1617 Klagen gegen die russische Regierung zur Entscheidung an. In bisher 158 Urteilen stellten die europäischen Richter mit wenigen Ausnahmen fest, dass der russische Staat die Menschenrechte verletzt hatte – und sie verurteilten den Kreml zu symbolischen Strafzahlungen.<sup>29</sup> Am 27. Juli 2006 errangen Opfer des Tschetschenienkrieges ihren ersten Sieg vor Gericht. Der Europäische Gerichtshof sprach der Tschetschenin Fatima Basorkina eine Entschädigung von 35'000 Euro zu: Das Gericht sah es als erwiesen an, dass ihr Sohn, der im Zweiten Tschetschenienkrieg auf Seiten der Rebellen gekämpft hatte, im Februar 2000 auf Befehl des kommandierenden russischen Generals Alexander Baranow ermordet worden war.<sup>30</sup> Mindestens 200 weitere Klagen aus Tschetschenien sind in Strassburg hängig. Und es wären noch mehr, wenn die Behörden in Tschetschenien nicht mögliche Zeuginnen oder KlägerInnen einschüchterten, entführten und manchmal auch ermordeten.<sup>31</sup> Vor diesem Hintergrund bleibt die grosse Mehrheit der Menschenrechtsverletzungen nach wie vor ungeahndet, wie *Human Rights Watch* im erwähnten Bericht bestätigt.<sup>32</sup>

## 2.6 Korruption und Krankheit hinter sauberen Fassaden

Gewisse Verbesserungen sind auch bezüglich der humanitären und sozioökonomischen Lage in Tschetschenien unübersehbar. So nimmt die Zahl der Geschäfte und Cafés in den Städten stetig zu. Strassen und Gebäude werden renoviert. Ministerpräsident Kadyrow übergibt Familien vor laufenden Kameras die Schlüssel zur frisch erstellten Wohnung. Allerdings sind diese Fortschritte nicht nur auf die massiven Gelder zurückzuführen, die Moskau jährlich überweist und von denen nach wie vor grosse Summen veruntreut werden. Der Wiederaufbau wird gemäss Angaben von MenschenrechtsaktivistInnen dadurch finanziert, dass Kadyrow von allen Bediensteten eine «freiwillige» Spende abpresst. Diese Gelder fliessen in den so genannten «Kadyrow-Fonds», aus dem wiederum der Aufbau von Schulen, Sportstätten und anderen öffentlichen Einrichtungen finanziert wird.<sup>33</sup>

<sup>29</sup> Hassel, Florian; «Letzte Hoffnung Strassburg. Aus Russland stammen ein Viertel aller Klagen, die im letzten Jahr beim Gerichtshof für Menschenrecht eingereicht wurden», *Der Bund*, 12.9.2006, S. 2.

<sup>30</sup> Hassel, Florian; «Letzte Hoffnung Strassburg. Aus Russland stammen ein Viertel aller Klagen, die im letzten Jahr beim Gerichtshof für Menschenrecht eingereicht wurden», *Der Bund*, 12.9.2006, S. 2.

<sup>31</sup> Hassel, Florian; «Letzte Hoffnung Strassburg. Aus Russland stammen ein Viertel aller Klagen, die im letzten Jahr beim Gerichtshof für Menschenrecht eingereicht wurden», *Der Bund*, 12.9.2006, S. 2.

<sup>32</sup> Human Rights Watch; «Widespread Torture in the Chechen Republic. Human Rights Watch Briefing Paper for the 37th Session UN Committee against Torture November 13, 2006», November 2006.

<sup>33</sup> «Moskau zieht Truppen aus Tschetschenien ab. Kadyrow wird immer mächtiger – andauernde Willkür», *Neue Zürcher Zeitung*, 12.8.2006, S. 7.

Korruption ist in Tschetschenien nach wie vor allgegenwärtig. So gelangen die Kompensationszahlungen – jede Familie, die ihr Heim auf Grund der Kampfhandlungen verloren hat, kann 350'000 Rubel beanspruchen – praktisch nie in vollem Umfang an ihren Bestimmungsort. Erst im vergangenen November wurde der Sekretär des Kompensationskomitees der tschetschenischen Regierung wegen Korruption verhaftet. Er hatte die Geschädigten zu Zahlungen von bis zu 50 Prozent der vorgesehenen Kompensation gezwungen und ihre Bankkonti blockieren lassen, wenn sie Widerstand leisteten. Die Verantwortung für das entsprechende Komitee trägt letztlich Premierminister Ramsan Kadyrow, der für die Staatsanwaltschaft allerdings schwierig zu fassen ist.<sup>34</sup>

Auch im Bereich von Wirtschaft und Gesundheit liegt in Tschetschenien noch vieles im Argen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass sich die Situation seit der letzten Berichtsperiode entscheidend verbessert hätte.<sup>35</sup> Die Säuglingssterblichkeit liegt beispielsweise nach wie vor bei 22 Prozent. Nach Angaben der *Gesellschaft für bedrohte Völker* (GfbV) leidet die Bevölkerung Tschetscheniens zudem unter hoher radioaktiver Belastung. Die russische Staatsanwaltschaft meldete Mitte Dezember 2005, in der Chemiefabrik von Grosny sei eine 58'000 Mal höhere Strahlenbelastung gemessen worden als der höchste erlaubte Wert. Laut der GfbV stammt die Strahlung einerseits von einer offenen Mülldeponie ausserhalb Grosnys, die radioaktiv verstrahlt ist. Andererseits stellt das Endlager «Rodon» in der Nähe des Dorfes Gorjatschewodsk, etwa 15 Kilometer von Grosny entfernt, in welchem seit Jahren ungesichert Atommüll aus dem Nordkaukasus und Russland eingelagert wird, eine grosse Gefahr für die Gesundheit der Menschen dar. Zehn von 100 KrebspatientInnen in ganz Russland sind tschetschenische Kinder. Jedes zweite Neugeborene in der tschetschenischen Hauptstadt weist schwere gesundheitliche Schäden auf; im Landesdurchschnitt ist es jedes fünfte.<sup>36</sup>

---

<sup>34</sup> Chadayev, Umalt; «Compensation payments to Chechen citizens: problems still not solved», 24.11.2006, [www.watchdog.cz](http://www.watchdog.cz) [30.11.2006].

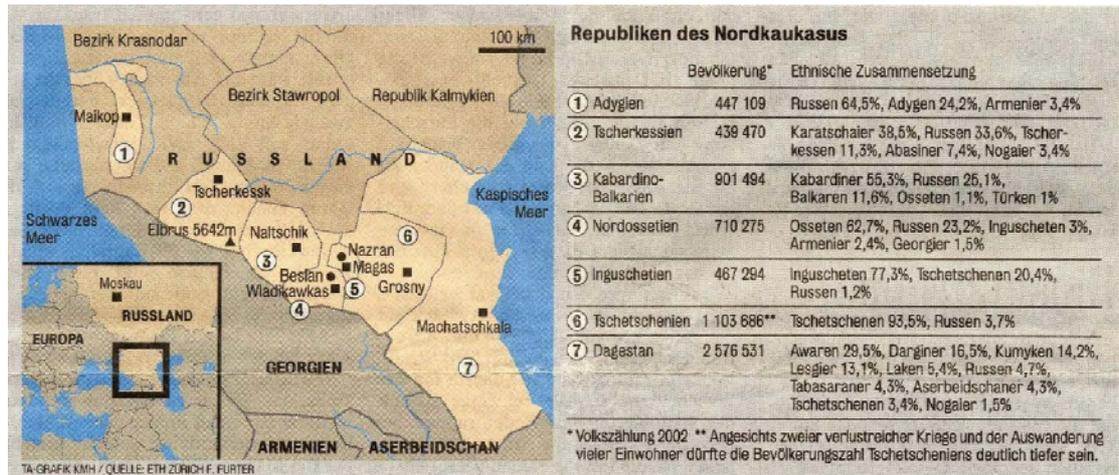
<sup>35</sup> Vgl. Ammann, Klaus; «Tschetschenien. Update: Entwicklungen in Tschetschenien, Inguschetien, Dagestan und anderen Teilen der Russischen Föderation», Kapitel 6.3 Teure Gesundheit, Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), 7.11.2005, [www.osar.ch](http://www.osar.ch).

<sup>36</sup> Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV); «Internationale Atomenergiebehörde soll in Tschetschenien ermitteln. Radioaktive Belastung bei Grosny», 22.12.2005, [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de) [30.11.2006].

Entwicklungen in Tschetschenien, Dagestan, Kabardino-Balkarien, Inguschetien und Nordossetien / Januar 2007

### 3 Dagestan, Kabardino-Balkarien, Inguschetien und Nordossetien

Der Nordkaukasus umfasst nach gängiger Lesart die sieben Republiken Adygeja, Tschetschenien, Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien und Nordossetien sowie die zwei Bezirke Stawropol und Krasnodar Krai.



37

Im gesamten Nordkaukasus haben sich in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Krieg in Tschetschenien Gewalt, Spannungen und massive Menschenrechtsverletzungen ausgebreitet. Besonders zugespitzt hat sich die Lage – abgesehen von Tschetschenien – in den Republiken Dagestan, Kabardino-Balkarien, Inguschetien und Nordossetien, weshalb im Folgenden auf diese vier Republiken näher eingetreten wird.<sup>38</sup>

#### 3.1 Alltägliche Gewalt – instabile Politik

##### 3.1.1 Dagestan

Dagestan ist die Kaukasusrepublik mit den meisten interethnischen Konflikten. Dazu kommen gravierende soziale und ökonomische Probleme.<sup>39</sup> Die Arbeitslosigkeit beispielsweise liegt bei über 30 Prozent. Die Ausbreitung der bewaffneten Auseinandersetzungen über die tschetschenischen Grenzen hinaus hat – was vor diesem Hintergrund verständlich ist – vor allem in Richtung Dagestan statt gefunden. Mittlerweile weist Dagestan mehr Gewaltakte auf als Tschetschenien.<sup>40</sup> Hinter den meis-

<sup>37</sup> Quelle der Karte: *Tages-Anzeiger*, 1.9.2006, S. 10.

<sup>38</sup> Human Rights Center «Memorial»; «Conflict Spill-Over Outside the Chechen Republic in 2004-2005 (Ingushetia and Kabardino-Balkariya)», 2.3.2006, [www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1](http://www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1) [5.12.2006].

<sup>39</sup> Falkowski, Maciej; «North Caucasus: the Russian Gordian knot. The key problems and conflicts in the region and the effect thereof on the future of Russia», *CES Studies*, Centre for Eastern Studies, December 2004, <http://www.osw.waw.pl>, [25.10.2005].

<sup>40</sup> Schrepfer-Proskurjakov, Alexander; «Dagestan. In der Kaukasusrepublik werden mehr Terroranschläge als in Tschetschenien verübt. Kein Ende der Gewaltspirale im Nordkaukasus», *Zürichsee-Zeitung*, 9.8.2006.

ten Anschlägen stecken tschetschenische Separatisten, zusammen mit lokalen Handlangern. Diese sind häufig Mitglieder der so genannten Dschamaats – in sich geschlossener militanter islamischer Gemeinden, die der wahhabitischen Glaubensrichtung angehören.<sup>41</sup> Diese extremistischen Organisationen sind mit dem tschetschenischen Untergrund verbunden und werden von diesem auch koordiniert. Allein 2005 wurden in Dagestan 113 Anschläge verübt, bei denen 59 Polizisten, Militärangehörige und Beamte getötet sowie 112 verwundet wurden. Ausserdem starben dabei 12 Zivilpersonen; 47 weitere wurden verletzt.

Grosse Teile der Bevölkerung Dagestans sind nicht nur verängstigt, sondern auch verärgert über die weit verbreitete Korruption in ihrer Republik und machen ihrem Zorn immer öfter in Demonstrationen Luft, die von den Sicherheitskräften nicht selten mit Gewalt beendet werden. Die DemonstrantInnen protestieren konkret gegen die undurchsichtige, illegale und unfaire Umverteilung des Bodens in den vergangenen Jahren sowie gegen die Unterschlagung von Steuergeldern. Der im Februar 2006 eingesetzte Präsident und ehemalige Sowjetbeamte Muchu Aliev hat zwar einen ehrenhaften Ruf, aber wenig Handhabe gegen die korrupten Beamten. In naher Zukunft werden die gewaltsamen Proteste tendenziell weiter zunehmen, stehen doch im März 2007 in Dagestan Parlamentswahlen an.<sup>42</sup>

### 3.1.2 Kabardino-Balkarien

In Kabardino-Balkarien herrscht seit dem Amtsantritt von Präsident Arsen Kanokov im Herbst 2005 eine Art Tauwetter. Zwar erschütterte zwei Wochen später der Überfall islamistischer Kämpfer auf die Hauptstadt Nalchik, der rund 150 Todesopfer forderte, die Republik, doch gewisse Verbesserungen betreffend die Meinungsfreiheit sind unübersehbar. MenschenrechtsaktivistInnen dürfen Medienkonferenzen abhalten, wann immer sie wollen – was bis vor kurzem unvorstellbar war. Die Wirtschaft Kabardino-Balkariens hat der schwerreiche Präsident reformiert und für ausländische Investoren fit getrimmt. Doch die Situation ist labil, denn Präsident Kanokov kontrolliert die Sicherheitskräfte nicht: Einerseits handelt sein eigenes Innenministerium oft selbstständig, und andererseits ist in Nalchik das Anti-Terrorzentrum für den nördlichen Kaukasus angesiedelt, das direkt Moskau unterstellt ist. Aus diesem Grund ist es in den vergangenen Wochen in Kabardino-Balkarien vermehrt zu Verschleppungen und Verhaftungen von MenschenrechtsaktivistInnen und JournalistInnen gekommen. Inhaftierte berichten, dass die Sicherheitskräfte nach «tschetschenischen» Methoden arbeiten: Sie foltern Geständnisse heraus, und wer nicht gesteht, kann durchaus für immer verschwinden.<sup>43</sup> Ausserdem stehen sich in Kabardino-Balkarien seit den 1990er Jahren die offizielle muslimische Priesterschaft (Clerical Department of Moslems, CDM) und die Gemeinschaften der Dschamaats feind-

<sup>41</sup> Die ersten Dschamaats waren 1996 in Tschetschenien entstanden. Die häufig aus dem arabischen Ausland kommenden Wahhabiten predigen einen von lokalen Bräuchen «gereinigten» Islam. Die Taliban in Afghanistan waren bislang die bekannteste wahhabitische Organisation ausserhalb Saudi-Arabiens, wo der Wahhabismus Staatsreligion ist. In den letzten Jahren verbreiteten sich die Dschamaats im ganzen Nordkaukasus..

<sup>42</sup> Musayev, Musa; «Dagestan Hit by Wave of Protests. Demonstrations are nothing new in Dagestan, but this year they have increased in number and scale», (371) *Caucasus Reporting Service*, 21.12.2006, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net) [8.1.2007].

<sup>43</sup> Tsei, Dana; «Nalchik Nerves Still Jangling. Kabardino-Balkaria experiences a thaw one year after Islamist attack but fears renewed violence», (362) *Caucasus Reporting Service*, 19.10.2006, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net) [8.1.2007].

selig gegenüber. Seit die CDM dem Innenministerium eine Liste «vertrauensunwürdiger Muslime» übergeben hat, haben sich die Dschamaats radikalisiert. Im Kampf gegen den Terrorismus hat das Innenministerium wiederholt bekennende Muslime mit Extremisten gleichgesetzt; das Tragen traditioneller muslimischer Kleidung ist oft Grund genug für eine Verhaftung.<sup>44</sup>

### 3.1.3 Inguschetien

Mit Beginn des Zweiten Tschetschenien-Krieges 1999 sind Zehntausende TschetschenInnen in die Nachbarrepublik Inguschetien geflohen und dort in Zeltlagern und privat untergekommen. Bis Ende 2001 haben sich Behörden der Republik gegen den Druck aus Moskau gewehrt, die Flüchtlinge zurückzuschicken. Doch ab dem Jahr 2002 änderte sich diese Haltung sukzessiv: Die inguschetischen Sicherheitskräfte begannen in den Flüchtlingslagern nach Widerstandskämpfern zu suchen, es kam zu Säuberungen, Menschen verschwanden. Im Juni 2004 überfielen zwischen 200 und 600 tschetschenische Widerstandskämpfer die Städte Nasran und Karabulak. Bei der darauf folgenden Auseinandersetzung mit den Sicherheitskräften starben 79 Menschen. Inguschetien ist seither analog zu Tschetschenien ein Gebiet, auf dem «antiterroristische Operationen» durchgeführt werden. Dies hat mit sich gebracht, dass die lokalen Sicherheitskräfte ebenso wie die in Inguschetien stationierten föderalen Truppen regelmässig schwere Menschenrechtsverletzungen begehen. Die Menschenrechtsorganisation *Memorial* erklärt dies mit dem enormen Druck, unter dem die Sicherheitskräfte stehen, ihre Effizienz zu beweisen und möglichst viele Täter zu überführen. Folglich foltern sie die Verhafteten, bis sie die gewünschten Geständnisse ablegen. Solche «antiterroristischen Massnahmen» destabilisieren – wie das Beispiel Tschetschenien zeigt – eine Gesellschaft und stärken die Extremisten. Wer von den Sicherheitskräften gefoltert und erniedrigt wurde, ist zu fast allem bereit, um sich zu rächen. Gemäss *Memorial* sind «heute in Inguschetien die Grundlagen für einen regelrechten Bürgerkrieg gelegt».<sup>45</sup> Erst vor kurzem kam es zu einer gefährlichen Eskalation im Konflikt mit den tschetschenischen Nachbarn. Bei einer Schiesserei zwischen inguschetischen und tschetschenischen Sicherheitskräften an der Grenze kamen am 13. September 2006 acht Menschen ums Leben, mehrere weitere wurden verletzt. Gemäss verschiedenen Beobachtern sind Männer Kadyrows in der Vergangenheit immer wieder auf inguschetisches Territorium vorgedrungen, angeblich auf der Suche nach Rebellen. Doch die inguschetischen Sicherheitskräfte scheinen – wie der Vorfall zeigt – entschlossen, diese Praxis zu stoppen. Weitere blutige Auseinandersetzungen scheinen vorprogrammiert.<sup>46</sup>

### 3.1.4 Nordossetien

Mehr als zwei Jahre nach der blutigen Geiselnahme in einer Schule der nordossetischen Stadt Beslan ist die öffentliche Kontroverse um den brutalen Terrorakt und seine Beendigung durch die Sicherheitskräfte nach wie vor im Gang. Der einzige

<sup>44</sup> Human Rights Center «Memorial»; «Conflict Spill-Over Outside the Chechen Republic in 2004-2005 (Ingushetia and Kabardino-Balkariya)», 2.3.2006, [www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1](http://www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1) [5.12.2006].

<sup>45</sup> Human Rights Center «Memorial»; «Conflict Spill-Over Outside the Chechen Republic in 2004-2005 (Ingushetia and Kabardino-Balkariya)», 2.3.2006, [www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1](http://www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1) [5.12.2006].

<sup>46</sup> Dudayev, Ufalt; «Chechen-Ingush Battle Shocks North Caucasus. Neighbouring republics braced for reprisals after bloody shootout», (358) *Caucasus Reporting Service*, 21.9.2006, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net) [8.1.2007].

überlebende Geiselnahmer ist zwar unterdessen zu lebenslanger Haft verurteilt worden, doch verschiedene Bürgergruppen fordern von den Behörden endlich Klarheit über die Vorgänge in den ersten Septembertagen 2004 – bisher ohne Erfolg. Ein kürzlich erschienener 700-seitiger Bericht eines Mitglieds der parlamentarischen Untersuchungskommission für die Geiselnahme wurde von der Polizei kurzerhand beschlagnahmt. Der Bericht kommt nämlich zu Schlüssen, die von der bisherigen offiziellen Version abweichen. Er belegt im Wesentlichen, dass die Explosionen vor der Sturmung der Schule nicht durch die Geiselnahmer ausgelöst wurden, sondern durch von aussen abgefeuerte Granaten. Der Vorfall zeigt, wie restriktiv die Sicherheitskräfte auch in Nordossetien nach wie vor die Meinungsbildung zu kontrollieren versuchen.<sup>47</sup> Aktuell belasten Nordossetien zudem die Spannungen mit der Nachbarrepublik Inguschetien: Die beiden Republiken streiten um das nordossetische Prigorodny Distrikt, das bis 1944 zu Inguschetien gehörte. Bereits 1992 war der Konflikt einmal in blutige Kämpfe mit Hunderten von Toten und Tausenden von Inguschen, die in ihre Heimatrepublik flüchteten, ausgeartet. Darauf beruhigte sich die Situation, doch seit der Geiselnahme von Beslan – unter den Geiselnahmern befanden sich mehrere Inguschen – haben die Spannungen wieder zugenommen. Im vergangenen Juli ist es erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. Die nordossetischen Behörden meldeten wiederholt, inguschetische Beamte festgenommen und ausgewiesen zu haben, die versucht hatten, unter der grossen inguschetischen Minderheit im Distrikt zu agitieren. Das inguschetische Parlament seinerseits hat im Juni 2006 eine Motion überwiesen, die Moskau auffordert, das Grenzgebiet wieder an Inguschetien zurückzugeben.<sup>48</sup>

### 3.2 Insgesamt ein Pulverfass

Der Blick auf die gesamte Region zeigt, dass Tschetschenien eine Schnittstelle zwischen den beschriebenen Konfliktzonen des Nordkaukasus und denjenigen des Südkaukas (Georgien, Aserbaidschan etc.) ist. Zwar hat Russlands Präsident Putin den Krieg in Tschetschenien bereits vor Jahren für beendet erklärt, doch die Kampfhandlungen dehnen sich schleichend aus. Insgesamt sterben im Krieg im Nordkaukasus laut der Anti-Kriegschronik von *Memorial* rund 50 Menschen pro Monat, täglich werden Menschen entführt.<sup>49</sup> Nähe und Vernetzung der Konfliktzonen erleichtern diese Ausdehnung.<sup>50</sup> Die jüngere Entwicklung gibt gar Anlass zur Sorge, dass neben Dagestan auch die andern nationalen Republiken des Nordkaukasus immer öfter zum Schauplatz einer Eskalationsspirale von Terroranschlägen radikaler Separatisten und russländischer Spezialeinheiten werden.<sup>51</sup>

<sup>47</sup> Tskhurbayev, Alan; «Beslan Controversy Won't Go Away. As relatives of victims commemorate another anniversary, the rancorous debate over who was to blame continues to simmer» (356) *Caucasus Reporting Service*, 7.9.2006, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net) [8.1.2007].

<sup>48</sup> Gabarayev, Murat; «Ingush-Ossetian Dispute Worsens. A fresh bout of violence sends relations between the two North Caucasian neighbours into a new downward spiral», (352) *Caucasus Reporting Service*, 9.8.2006, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net) [8.1.2007].

<sup>49</sup> [www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1/index.htm](http://www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1/index.htm). Siehe dazu auch United Kingdom Home Office, Immigration and Nationality Directorate. «Operational guidance note: Russian Federation», 14.11.2006, [www.ecoi.net](http://www.ecoi.net) [7.1.2007].

<sup>50</sup> Ausführliche Angaben zur Ausbreitung des Konflikts finden sich auch bei Reinke, Sarah. «Schleichender Völkermord in Tschetschenien. Verschwindenlassen – ethnische Verfolgung in Russland – Scheitern der internationalen Politik» November 2005, [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de).

<sup>51</sup> Schrepfer-Proskurjakov, Alexander; «Tschetschenische Diffusion. Konflikte, Kämpfe, Krieger im Nordkaukasus», *Osteuropa* 56, Nr. 7 (2006): S. 55-64.

Im Unterschied zu Tschetschenien, wo Moskau die Verantwortung zunehmend lokalen Strukturen überträgt, setzt es im übrigen Nordkaukasus auf mehr zentralistische Kontrolle und stärkere Militärpräsenz. Beides ist problematisch: Russlands Rückzug aus Tschetschenien birgt die Gefahr eines innertschetschenischen Konflikts. Moskaus Auftreten als Polizeimacht in den anderen Republiken des Nordkaukasus scheint das heikle Gleichgewicht in der Region aus dem Lot zu bringen und eine Stärkung islamistischer Rebellengruppen zu fördern.<sup>52</sup>

Demografisch und kulturell hat im gesamten Nordkaukasus eine wachsende Entrussifizierung eingesetzt: Viele ethnische Russen haben seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion den Nordkaukasus verlassen. Die Folge ist eine zunehmende Islamisierung. Bereits vor Jahren wurde in der Region die Legalisierung der Polygamie gefordert. Inzwischen gibt es Stimmen, die Elemente der Scharia in die lokale Rechtsprechung einführen wollen. So verbot beispielsweise die inguschetische Regierung für die Dauer des islamischen Fastenmonats Ramadan den Alkoholverkauf,<sup>53</sup> während zum Beispiel die Sicherheitskräfte Kabardino-Balkariens, wie erwähnt, sehr hart gegen Muslime vorgehen.

Obschon zwischen den hier erwähnten kaukasischen Republiken erhebliche Unterschiede bestehen, ist die massive Zunahme von Menschenrechtsverletzungen durch die regionalen und föderalen Sicherheitskräfte ein gemeinsames Merkmal. Statt die Konflikte zu entschärfen, scheint diese Praxis im Gegenteil die Gewalt zusätzlich anzuheizen.<sup>54</sup>

## 4 Wachsender Fremdenhass in der Russischen Föderation

Nicht nur im Nordkaukasus sondern in der gesamten Russischen Föderation nehmen die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Russen und Menschen kaukasischer Abstammung zu. Den bisherigen traurigen Höhepunkt dieser ethnischen Konflikte bildeten die tagelangen Unruhen in der karelischen Kleinstadt Kondopoga Anfang August des vergangenen Jahres: Bei einer Schlägerei zwischen dem tschetschenischen Personal eines tschetschenischen Restaurants und russischen Gästen waren zwei Russen ums Leben gekommen. Auf der folgenden Massendemonstration forderte die Menge die Behörden auf, alle TschetschenInnen aus der 30'000-Einwohner-Stadt auszuweisen.<sup>55</sup> Bei der Organisation der Proteste mischten auch nationale Parlamentarier mit. Der stellvertretende Parlamentsvorsitzende Wladimir Schirinowski forderte umgehend die Einschränkung der Rechte der kaukasischen Immigranten.<sup>56</sup>

<sup>52</sup> Perovic, Jeronim; «Am Abgrund. Fehlentwicklung im Nordkaukasus», *Osteuropa* 56, Nr. 7 (2006): S. 33-53.

<sup>53</sup> Nauer, David; «Moskaus riskante Kaukasus-Strategie», *Tages-Anzeiger*, 27.9.2006, S. 7.

<sup>54</sup> Human Rights Center «Memorial»; «Conflict Spill-Over Outside the Chechen Republic in 2004-2005 (Ingushetia and Kabardino-Balkariya)», 2.3.2006, [www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1](http://www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1) [5.12.2006].

<sup>55</sup> Schrepfer-Proskurjakov, Alexander; «Ungeliebte tschetschenische Diaspora: Immer wieder artet in Russland ein scheinbar harmloser Alltagskonflikt mit ethnischem Hintergrund in eine Massenausbreitung aus», *Zürichsee-Zeitung*, 9.8.2006.

<sup>56</sup> Ludwig, Michael; «Ist Kondopoga überall? Die Spannungen zwischen Russen und Kaukasiern nehmen zu», *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.9.2006, S. 14.

Dabei stehen die Rechte der Immigranten aus dem Kaukasus, die eigentlich russische Staatsbürger sind, in der Praxis bereits weit hinter denjenigen der ethnischen Russen zurück.<sup>57</sup> Die Organisation *Migration und Recht* wiederholt in ihrem alljährlichen Bericht zur Situation der tschetschenischen Bevölkerung in der Russischen Föderation den immer gleichen Befund<sup>58</sup>:

- dass TschetschenInnen vielerorts keine Aufenthaltsbewilligung erhalten,
- dass sie grösste Mühe haben eine Arbeitsstelle zu finden,
- dass sie ständigen Schikanen durch die Sicherheitskräfte ausgesetzt sind und
- dass grundsätzlich jeder Tschetschene in der Russischen Föderation mit dem Tod bedroht sei und folglich den Flüchtlingsstatus erfülle.<sup>59</sup>

Verbessert hat sich an ihrer Situation im vergangenen Jahr nichts – im Gegenteil: Der Hass gegenüber Menschen kaukasischer Abstammung wächst kontinuierlich. Laut einer Umfrage des *Lewada-Zentrums* stimmten im vergangenen Jahr 54 Prozent der Russen der Losung «Russland den Russen» zu, ebenso wie der Forderung, der Zuzug von Fremden sei einzudämmen. 42 Prozent befürworten gar die Deportation gewisser Bevölkerungsteile.<sup>60</sup> Zwar wird rassistisch motivierte Gewalt in Russland von der Justiz langsam effizienter geahndet – es kommt öfter zu Verurteilungen – doch die diesbezüglichen negativen Trends überwiegen laut dem *SOWA-Zentrum für Analyse und Information* bei weitem: Die rassistische Kampagne gegen GeorgierInnen in der Russischen Föderation vom vergangenen Herbst wurde von offiziellen Stellen offen unterstützt. Gleichzeitig nutzen die russischen Behörden den offiziellen Kampf gegen Extremismus immer wieder, um die Gesetzgebung zu verschärfen und so die politische Opposition zu unterdrücken. Im Umgang mit rechtsextremen Gruppierungen greifen die Behörden zudem oft zu gesetzeswidrigen Methoden, was die gerichtliche Ahndung erschwert und die Extremisten zu «Opfern der Polizei» macht. Die Kombination von anti-faschistischer Demagogie, diskriminierender Rhetorik und missbräuchlichen Methoden zur Unterdrückung von Rechtsextremismus birgt die Gefahr, in der russischen Gesellschaft noch mehr Rassenhass zu provozieren. Die Zahl der rassistisch motivierten Übergriffe nahm im Jahr 2006 erneut zu: Bis zum 30. November 2006 registrierte das *SOWA-Zentrum* 44 Tote und 395 Verletzte bei rassistischen Überfällen, im Vergleich zu 42 Toten und 406 Verletzten im ganzen Jahr 2005. Überdurchschnittlich häufig – nämlich in rund einem Drittel der Fälle – sind Menschen aus dem Kaukasus Opfer dieser Übergriffe.<sup>61</sup>

\* \* \*

<sup>57</sup> Vgl. Ammann, Klaus; «Tschetschenien. Update: Entwicklungen in Tschetschenien, Inguschetien, Dagestan und anderen Teilen der Russischen Föderation», Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), 7.11.2005, [www.osar.ch](http://www.osar.ch).

<sup>58</sup> «On the Situation of Residents of Chechnya in the Russian Federation July 2005 – July 2006», 31.7.2006, <http://refugee.memo.ru>.

<sup>59</sup> Gannuškina, Svetlana A.; «*Migration und Recht*». *Netzwerk von juristischen Beratungsstellen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene*, «An die Gerichte in Deutschland, Anwälte, Migrationsbehörden, und alle anderen Stellen und Personen, von denen das Schicksal Asylsuchender aus Tschetschenien abhängt», 16.10.2005.

<sup>60</sup> Ludwig, Michael; «Ist Kondopoga überall? Die Spannungen zwischen Russen und Kaukasiern nehmen zu», *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.9.2006, S. 14.

<sup>61</sup> Koševnikova, Galina; «Autumn – 2006: Under the Kondopoga Banner», 4.1.2007, <http://sova-center.ru> [8.1.2007].